

**Solidarität mit
den Opfern der
„Antifa“**

SIGNAL

Seite 5:

**Erdogan
hat sich verzockt**

Seite 8:

**Waffenverbot bei
Versammlungen**

Seite 9:

**Migration in
biblischer Sicht**

Eskalation nicht ausgeschlossen:

Türken

gegen Kurden

HAUSMITTEILUNGEN

Von den USA aus gesehen ist Syrien ein Land jenseits des Atlantiks, weit weg und uninteressant. Von Deutschland aus gesehen ist Syrien das Land hinter der Türkei, und weil Millionen Türken und Kurden, deren Heimat auf türkischem, syrischem, irakischem und iranischem Gebiet liegt, in Deutschland leben, ist ein Krieg zwischen Türken und Kurden in Syrien für uns so etwas ähnliches wie ein innerdeutscher Konflikt. Die ersten Schlägereien zwischen Kurden und Türken fanden im Oktober im Ruhrgebiet statt. Weitere Auseinandersetzungen werden folgen.

Diese türkischen Soldaten haben ihr Ziel in Syrien verfehlt: die Kurden sind weg. Und jetzt?



Als Sandra Maischberger in der ARD am 20. Oktober über den Syrienkonflikt diskutieren ließ, konnte der Zuschauer den Eindruck gewinnen, nicht Recep Erdogan, sondern Donald Trump hätte seinen Truppen den Einmarsch nach Nordsyrien befohlen. Die gesamte erste Hälfte der Sendung bestand aus Trump-Bashing. Dabei hat Trump mit dem Rückzug der US-Truppen aus der Krisenregion lediglich eine schon lange öffentlich bekannt gemachte Ankündigung umgesetzt: die Aktion erfolgte weder überstürzt, noch überraschend. Trumps USA wollen nicht mehr den Weltpolizisten spielen, sondern in internationalen Konflikten nur noch unmittelbare US-Interessen wahrnehmen. Und die sind in Syrien nicht betroffen.

Die Truppen Assads sowie russische Streitkräfte sind in die entstandene Lücke nachgestoßen. Trump hat Erdogans militärisches Abenteuer nicht nur scharf verurteilt, sondern sofort empfindliche wirtschaftliche Nadelstiche gegen die Türkei gesetzt. Sein militärisches Ziel, die kurdischen Milizen in Nordsyrien auszuschalten, hat Erdogan jetzt schon verfehlt, weil ihm die Trump-Administration den freien Abzug dieser Streitkräfte aufgezwungen hat. Die türkischen Truppen stehen nun nutzlos im Norden Syriens herum und können sich ungünstigstenfalls an einer Handvoll Zivilisten vergehen, sind ansonsten aber für Ankara militärisch, wirtschaftlich und politisch nutzlos. Sie kosten jeden Tag Geld, ohne die türkische Führung ihrem Ziel näherzubringen, das kurdische militärische Potential in Syrien auszuschalten.

Es bedarf keine großen geostrategischen Kenntnisse, um abzusehen, dass dieses Abenteuer für die Türkei nicht gut ausgehen wird. Bis sich diese Erkenntnis auch in Ankara durchsetzt, werden viele Menschen sterben. Und die Deutschen werden wieder einmal feststellen, dass eine multi-kulturelle Gesellschaft nicht nur Vorteile hat.

Wir brauchen keinen türkisch-kurdischen Bürgerkrieg auf deutschem Boden. Wer das nicht einsieht, sollte seine Sachen packen und gehen!

Manfred Rouhs



IMPRESSUM

Herausgeber:

Signal für Deutschland e.V.
Alte Rhinstraße 16, 12681 Berlin

Vorstand nach § 26 BGB:

Manfred Rouhs

Registergericht: Amtsgericht Charlottenburg, Aktenzeichen VR 36107 B

V.i.S.d.P.: Manfred Rouhs

Druck: Eigendruck

Telefon

030 - 66 40 84 13

eMail

kontakt@signal-online.de

Internet

www.signal-online.de

Dauerbezug

Nur für Mitglieder und Spender. Der Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag von EUR 60,00 jährlich enthalten.

Gemeinnützigkeit

Signal für Deutschland e.V. wird beim Finanzamt für Körperschaften I in Berlin unter der Steuernummer 27/677/67852 geführt und ist als gemeinnützig anerkannt. Spenden an Signal für Deutschland e.V. sind steuerlich abzugsfähig. Ihr zu versteuerndes Einkommen vermindert sich um den gespendeten Betrag. Die erforderliche Zuwendungsbestätigung erhalten Sie von uns zeitnah und unaufgefordert.

Spenden

Bitte richten Sie Ihre Spende per Überweisung an:

Signal für Deutschland e.V.

IBAN: DE55 1705 2000 0940 0529 54

(BIC: WELADED1GZE)

Die steuerlich abzugsfähige Zuwendungsbestätigung übersenden wir Ihnen innerhalb weniger Tage nach Zahlungseingang als PDF-Datei per eMail. Falls uns Ihre Anschrift und Ihre eMail-Adresse bereits vorliegen, müssen Sie nichts weiter tun - wir melden uns bei Ihnen. Andernfalls lassen Sie uns bitte die erforderlichen Daten per eMail zukommen, und zwar an: buchhaltung@signal-online.de



Der kurdische Nationalismus ist fest im linksextremen, marxistischen Milieu verankert.

Am 19. Oktober 2019 gingen in Köln mehr als 10.000 Kurden gegen den Einmarsch türkischer Truppen in den Norden Syriens auf die Straße. Der Tag verlief weitgehend friedlich, was vor allem einer massiven Polizeipräsenz geschuldet war. Entlang der Demostrecke waren die Schaufenster türkischer Geschäfte vernagelt worden. Die in Köln lebenden Türken waren vorgewarnt und gingen den Kurden aus dem Weg.

Erst nach der Großdemonstration kam es zu Konfrontationen. In Düsseldorf setzte die Polizei rund 120 türkische Fans des Fußball-Regionalligisten Rot-Weiss Essen fest. Sie hatten eine kleine Gruppe von Teilnehmern der Kölner Kurdendemonstration bemerkt und versucht, über sie herzufallen. Ein ähnlicher Vorfall mit türkischen Fußballfans ereignete sich am Abend desselben Tages in Bergisch-Gladbach bei Köln.

Bewahrung der nationalen Identität

Etwa eine Million Kurden leben im deutschsprachigen Raum. Die Zahl der bei uns lebenden Türken dürfte etwa doppelt so groß sein. Auch ein halbes Jahrhundert nach der ersten Anwerbewelle in den 1960er Jahren sind die meisten von ihnen nach ihrem Selbstverständnis keine kurdischen oder türkischen Deutschen, sondern Kurden oder Türken mit Wohnsitz in Deutschland. Davon zeugen die Satellitenschüsseln, die ihre Wohnblocks prägen und über die sie ausländische Fernsehsender empfangen: die Türken sehen Erdogans Staatsfernsehen, die Kurden empfangen Programme aus dem

Türken gegen Kurden: Eskalation nicht ausgeschlossen



Türkische Machtdemonstration in Berlin. Erdogans Ziel ist eine neues Weltreich, angelehnt an osmanische Traditionen: „Die jetzt türkisch besetzten syrischen Gebiete sind Bestandteil des alten osmanischen Herrschaftsraumes, den Erdogan für Ankara zurückerobern will.“ - Foto: CC-Lizenz, Danyalov

Irak und aus Syrien, die für Kurden in aller Welt gemacht werden.

Über das türkische und kurdische Fernsehen verfestigen sich die Parallelgesellschaften - seit Jahrzehnten. Sie arbeiten womöglich in deutschen Firmen und ihre Kinder besuchen deutsche Schulen, aber die meisten Türken im Ausland bleiben Türken und auch die meisten

Kurden bewahren in fremden Ländern ihre sprachliche, kulturelle und nationale Identität.

Türkische Parallelverwaltung

Erdogan und seine Partei, die AKP, erheben ausdrücklich für die in Deutschland lebenden Türken einen politischen Vertretungsanspruch. In den Zuwanderer-



Kurden und Türken verfügen über ein hochentwickeltes Eskalationspotential in Deutschland. - Foto: CC-Lizenz, Haefelr

ghettos der deutschen Großstädte hat die aus Ankara finanzierte türkisch-islamische Union DITIP eine Parallelverwaltung errichtet. In türkischen Moscheen wird Recht gesprochen - oder das, was die Imame dafür halten. Hierhin dringt der deutsche Staat nicht vor.

Die in Deutschland lebenden Kurden sind zwar nur zu einem kleinen Teil im „Volkskongress Kurdistans“ organisiert, einer Nachfolgeorganisation der verbotenen PKK. Aber diese politisch organisierten Kader sind gut vernetzt und mobilisierungsfähig. Sie beeinflussen das Leben der Kurden in Deutschland diskreter, als es die DITIP mit ihren repräsentativen Großmoscheen tut, aber nicht weniger effizient. Kurden und Türken haben in Deutschland unter den Augen der deutschen Sicherheitsbehörden ein erhebliches Konfliktpotential aufgebaut. Beide Seiten sind eskalationsfähig.

Politische Kurzsichtigkeit

Dass es so weit kommen konnte, ist das Ergebnis eines aus ideologischer Verblen-

dung resultierenden Totalversagens der deutschen Politik. DITIB, „Volkskongress“ und die türkischen sowie kurdischen Fernsehsender im Ausland lassen seit Jahrzehnten alle Integrationsbemühungen der deutschen Politik ins Leere laufen. Dies aber wird im Politikbetrieb immer wieder erst im Konfliktfall bemerkt, wie er jetzt ansteht, weil die politischen Verantwortlichen ihr multi-kulturelles Weltbild nur selten mit der Realität abgleichen. Sonst wäre ihnen längst aufgefallen, dass ein deutscher Pass nicht unbedingt die Loyalität eines Türken zu Recep Erdogan oder eines Kurden zum inhaftierten PKK-Führer Abdullah Öcalan bricht.

Erdogans politisches Fernziel ist die Erneuerung des Osmanischen Reiches. Dafür sind seine Anhänger in Deutschland bereits mit flatternden Fahnen und klirrendem Spiel durchs Brandenburger Tor marschiert. Die jetzt türkisch besetzten syrischen Gebiete sind Bestandteil des alten osmanischen Herrschaftsraumes, den Erdogan für Ankara zurückerobern will.

Risiken der Parallelgesellschaften

Mit jeder Woche, die Erdogans Truppen länger in Syrien zubringen, wächst der Hass kurdischer Nationalisten auf ihre türkischen Nachbarn in Deutschland und insbesondere auf politisch organisierte Türken. DITIB, Graue Wölfe und Mitglieder der Regierungspartei AKP stehen auf ihrer Feindesliste. Mit jedem weiteren Toten, der in Nordsyrien zu beklagen ist, steigt die Wahrscheinlichkeit von Ausschreitungen auf deutschem Boden. Es ist nur eine Frage der Zeit, wann in deren Folge auch in Deutschland Tote zu beklagen sein werden.

Die jahrzehntealte Fehlentscheidung deutscher Politiker, halbwegs geschlossene türkische und kurdische Siedlungsgebiete in unseren Großstädten zuzulassen, birgt ein tödliches Potential. Sie sollte so schnell wie möglich, so sozial verträglich und so friedlich wie möglich korrigiert werden.

► **Der Einmarsch türkischer Streitkräfte in den Norden Syriens ist das schlimmste Debakel in der seit 2003 währenden Präsidentschaft Recep Erdogans.** Und mit jeder Woche, die der Konflikt andauert, wird es schlimmer. Erdogan hat sich verzockt. Mit seinem gegen die Kurden gerichteten Feldzug hat er sich in eine Konfrontation mit Russen und US-Amerikanern hineinmanövriert, die er nicht erfolgreich bestehen kann. Wofür Hitler acht Jahre brauchte - nämlich, den Schulterschluss der beiden Weltmächte zu provozieren -, das schaffte Erdogan mit einer einzigen Fehlentscheidung innerhalb weniger Tage. Und dass, obwohl ihn Trump noch kurz vor Beginn seines politischen Amoklaufs gewarnt hatte.

Vermeintlich leichte Beute

Das Kalkül des Sultans am Bosphorus war es offenbar, mit dem Einmarsch in einen 444 Kilometer langen und rund 35 Kilometer breiten, von Kurden bewohnten Streifen entlang der türkisch-syrischen Grenze gegen geringen militärischen Widerstand kurdischer Milizen, die nur über wenige schwere Waffen verfügen, drei Fliegen mit einer Klappe zu schlagen: Er wollte das Piemont einer kurdischen Nationalstaatsbildung ausradieren, Siedlungsraum für arabische Flüchtlinge aus Syrien schaffen und seinen innenpolitischen Kritikern, die ihm u.a. die wirtschaftliche Misere der Türkei vorhalten, durch außenpolitische Konfrontation den Wind aus den Segeln nehmen und die nationale Geschlossenheit der Türken einfordern.

Erreicht hat er das genaue Gegenteil: Solidarität aus aller Welt stärkt den Kurden den Rücken, die sich zäh und erfolgreich verteidigen. Die Präsenz syrischer und überlegener russischer Streitkräfte in der Region verhindert einen türkischen Durchmarsch. Das türkische Militär beherrscht jeweils nur dasjenige Stück Boden, auf dem die türkischen Soldaten gerade stehen, ist aber von einer Kontrolle der Region weit entfernt. Was aus zwangsumgesiedelten syrischen Flüchtlingen unter diesen Umständen werden würde, ist ungewiss. Die wirtschaftliche Misere Ankaras wird durch US- und EU-Sanktionen noch verstärkt. In den USA ist Anklage gegen die zweitgrößte Staatsbank der Türkei, die Halk-



„Wofür Hitler acht Jahre brauchte - nämlich, den Schulterschluss der beiden Weltmächte zu provozieren -, das schaffte Erdogan mit einer einzigen Fehlentscheidung innerhalb weniger Tage.“

Sultan in Nöten: Erdogan hat sich verzockt

bank, erhoben worden. Sie soll Wirtschaftssanktionen gegen Iran umgangen haben. Für die Türken stehen 20 Milliarden US-Dollar auf dem Spiel. Probleme in dieser Größenordnung kann Erdogan gerade überhaupt nicht brauchen.

Ende der Ära Erdogan?

Die Entwicklung läuft gegen Erdogan. Er kommt ohne massiven innenpolitischen Gesichtsverlust aus seinem Syrien-Abenteuer nicht mehr heraus. Und es ist nur eine Frage der Zeit, wann der nationale Kitt der Türken bröckelt und ein größer werdender Teil der Bevölkerung kritische Fragen zum Sinn eines militärischen Abenteuers stellt, das die Türkei Milli-

arden kostet, ohne irgend eines der drängenden Probleme des Landes zu lösen.

Erdogans Fehlentscheidung, nach Syrien einzumarschieren, könnte das Ende der Ära Erdogan einläuten.

Ganz nebenbei offenbart der Konflikt das militärische und politische Leichtgewicht der Bundesregierung. Das tragische Geschehen entlarvt Berlin als politische Luftnummer. Maas & Co. können sich Kommentare und Bewertungen der Ereignisse sparen: in Ankara und Damaskus, in Moskau ebenso wie in Washington hört ihnen ohnehin niemand zu.

ZEUGEN GESUCHT

Am Montag, 05.03. um 18:30 Uhr wurde hier ein freizeitsportlich gekleidete Rentner aus dem Nichts heraus von einer Gruppe Jugendliche (m und w, „Antifa“) - davon ca. 6 verummte Angreifer - attackiert. Er erlitt Schläge ins Gesicht und Prellungen.

Bitte bei der Polizei melden!

Dieser Fahndungsauftrag am Tatort, der Fußgängerbrücke am Dammtor im Zentrum Hamburgs, führte bislang leider nicht zur Ermittlung der Täter.

Brennpunkt Hamburg:

Solidarität mit den Opfern der „Antifa“!

Christoph P., 68: mißhandelt, weil er gegen Merkel demonstrieren wollte

▶ Der Deutsche Bundestag hat es kürzlich abgelehnt, sich von der „Antifa“ zu distanzieren. „Antiextremistischer Grundkonsens in Politik und Gesellschaft - Rechtsstaat und Demokratie schützen - Antifa ächten“ lautete der entsprechende Antrag der AfD-Fraktion. Abgelehnt, entschieden CDU/CSU, SPD, Grüne, Linke und FDP einmütig. SPD, Grüne und Linke unterhalten sogar Kontakte zu Organisationen, die der „Antifa“ zugerechnet werden. Gemeinsame Auftritte von Anhängern dieser Parteien

sowie der Gewerkschaften mit „Antifa“-Aktivisten bei öffentlichen Versammlungen sind keine Seltenheit.

Jagd auf Oppositionelle

Die „Antifa“ bildet keine einheitliche Organisation. Manche Aktivitäten, die unter der Bezeichnung „Antifa“ laufen, sind gewaltfrei und rechtmäßig. Andere zielen auf regelrechte Menschenjagden ab: politische Gegner werden gesucht, angegriffen und zusammengeschlagen. In

vielen Großstädten geschieht dies auch an zentralen Orten und am helllichten Tag.

Hamburg gehört zu jenen Städten in Deutschland, die eine besonders große, gewaltbereite „Antifa“-Szene haben. Geduldet, oft sogar unterstützt von den Altparteien und unter dem propagandistischen Schutz von Teilen des etablierten Medienbetriebs, setzt die Hamburger „Antifa“ Autos in Brand und schlägt Regierungskritiker zusammen. Wer von seinen Bürgerrechten Gebrauch macht, soll wirtschaftlich geschädigt und eingeschüchtern werden. Angepasste, mundtote Menschen sind das Ziel - wie im Dritten Reich und in der DDR, in deren ideologischer Tradition die „Antifa“ steht.

Schwarz Rot Gold = „Nazi“

Der 68-jährige Christoph P. aus Hamburg gehört zu jenen Menschen, die nicht leicht einzuschüchtern sind. Im vergangenen Jahr, am 5. März, wollte der 1,95 Meter große Mann an der sechsten Hamburger Demo „Merkel muss weg“ teilneh-

men. Er hatte mehrere kleine schwarz-rot-goldene Fahnen dabei und ging gegen 18:30 Uhr zusammen mit einer jüngeren Begleiterin auf eine belebte Fußgängerbrücke am Dammtor im Zentrum der Hansestadt zu, als aus einer Gruppe von etwa 15 bis 18 „Antifa“-Aktivisten der Ruf zu hören war: „Da geht ein Nazi!“

Sechs der selbsternannten „Antifaschisten“ schlugen minutenlang auf Christoph P. ein, der nicht zu Boden ging und seine Begleiterin erfolgreich schützen konnte. Die verummumten Angreifer verwendeten die Deutschlandfahnen und verletzten Christoph P. erheblich, vor allem am Auge.

Polizisten erschienen erst spät am Tatort, obwohl von Anfang an Einsatzkräfte in dessen Nähe waren. Sie fahndeten auch erst mit Verspätung nach einem Tatverdächtigen, den Aufzeichnungen einer Videokamera identifizierbar gemacht hatten. Die Presse verbreitete den Fahndungsaufruf eher schleppend. Verurteilt wurde bislang wegen der Tat niemand.

Entschädigung für Christoph P.

Christoph P. und viele andere Hamburger wollen sich von der Antifa nicht mundtot machen lassen. Sie werden weiter für Deutschland auf die Straße gehen und die schwarz-rot-goldenen Fahnen unserer Demokratie hochhalten. Und wir wollen sie dabei unterstützen!

Bitte machen Sie mit! Helfen Sie mit einer Spende für eine Entschädigungszahlung an Christoph P.! Wir hoffen sehr, dass ein- oder besser zweitausend Euro zusammenkommen, damit wir ein politisch wirksames Zeichen setzen können.

Es geht darum, der gewaltbereiten „Antifa“ klarzumachen: Ihr greift mit vielfacher Übermacht einzelne Menschen an, die stellvertretend für uns alle zusammengeschlagen werden. Aber ihr schafft es nicht, uns zu spalten. Wir sind solidarisch und helfen denen, die symbolisch für uns alle körperlich geschädigt werden, dann aber durch unsere Solidarität für diesen Schaden einen Ausgleich erhalten.

Lassen wir Hass und Gewalt der Antifa ins Leere laufen: Jeder Euro zählt! Auch symbolische, kleine Beträge helfen weiter!



Der Tatort ist in Hamburg bekannt und belebt. Trotzdem half niemand - auch nicht die Polizei, die erst vor Ort erschien, nachdem die Täter geflohen waren.



Christoph P. nach dem Überfall.

Signal für Deutschland e.V.

IBAN: DE55 1705 2000 0940 0529 54

(BIC: WELADED1GZE)





Immer und unbedingt zu beachten: Waffenverbot vor, nach und während einer Versammlung

► Nach der Online-Veröffentlichung des Berichts „Solidarität mit den Opfern der 'Antifa'!“ sind bei uns Nachfragen eingegangen, die sich auf die Möglichkeit der legalen Abwehr gewalttätiger Angriffe durch Notwehrmittel wie Elektroschocker und Pfefferspray beziehen. Christoph P. war auf dem Weg zu einer Kundgebung in Hamburg, als er von einer Gruppe junger Männer angegriffen, zusammengeschlagen und erheblich verletzt worden ist. Hätte er diesen Angriff durch Pfefferspray oder einen Elektroschocker abwehren dürfen?

Striktes Waffenverbot

Die eindeutige Antwort lautet: Nein.

Christoph P. hätte sich selbst strafbar gemacht, wenn er auf dem Weg zu einer öffentlichen Versammlung, während einer Versammlung oder auf dem Rückweg nach dem Ende der Versammlung irgendeinen Gegenstand mitgeführt hätte, der auch nur entfernt als Waffe hätte interpretiert werden können.

Das Gewaltmonopol liegt beim Staat. Im Zusammenhang mit öffentlichen Versammlungen besteht für alle Versammlungsteilnehmer nicht nur während der Versammlung, sondern auch davor und danach ein striktes, eng auszulegendes Verbot jeglicher Bewaffnung. Wer dagegen verstößt, muss mit einer Geld- oder Freiheitsstrafe rechnen und ist nach einer entsprechenden Verurteilung vorbestraft!

Deutschland wie Hong Kong

Im Zusammenhang mit der Berichterstattung der Massenmedien über teilweise gewalttätig verlaufene Proteste in Hong Kong ist immer wieder beklagt worden, dass in der südchinesischen Hafenstadt seit wenigen Wochen ein Vermummungsverbot sowie ein Verbot der passiven Bewaffnung (wie z.B. Helme oder Schutzschilder) besteht. Dabei blieb meist ausgeblendet, dass ein solches Verbot in Deutschland bereits seit Jahrzehnten gesetzlich verankert ist.

Wer mit dem Fahrrad zu einer Versammlung fährt, darf einen Fahrradhelm tragen, solange er unterwegs ist. Aber am Versammlungsort muss er den Fahrradhelm sofort abnehmen. Tut er das nicht, dann verstößt er gegen das Versammlungsgesetz und setzt sich ebenfalls dem Risiko einer Geld- oder Freiheitsstrafe aus.

Auch außerhalb des Versammlungsrechtes können Abwehrmittel ihre Besitzer in Schwierigkeiten bringen.

Viele Abwehrmittel illegal

Die meisten am weltweiten Markt gehandelten Elektroschocker sind in Deutschland illegal. Bereits der Besitz ist ein Verstoß gegen das Waffengesetz und wird mit erheblichen Strafen bedroht. Auch hier gilt: Wer verurteilt wird, ist vorbestraft. Das wäre es dann gewesen mit der politischen Karriere ... - Nur wenige Geräte deutscher Hersteller haben ein entsprechendes Prüfsiegel und dürfen ab 18 Jahre legal mitgeführt werden.

Ähnliches gilt für Pfefferspray. Wirksame Sprays werden als Tierabwehrmittel angeboten und dürfen nur in extremen, eindeutigen Notfällen zur Abwehr von gegenwärtigen, noch andauernden, rechtswidrigen Angriffen eingesetzt werden.

Fortsetzung des Artikels in SIGNAL 9/2019. Quelle: „Aufbruch - Informationen des Gemeindehilfsbundes“ (Juli 2019). Der Aufbruch kann kostenlos bei der Geschäftsstelle des Gemeindehilfsbundes, Mühlenstr. 42, 29664 Walsrode (info@gemeindehilfsbund.de) bezogen werden.

III) Eine neue Sicht im Neuen Testament?

Das Neue Testament überwindet nicht die alttestamentlichen Aussagen zum Umgang mit Fremden, sondern beleuchtet die damit verbundenen Fragen aus einer anderen Perspektive: Hier geht es nicht um die Ebene einer ethnisch-religiösen Gemeinschaft, die in sich geschlossen und staatlich geordnet ist, sondern um die Ebene der (neuen) Gemeinde. In der christlichen Gemeinde gilt, dass es in der Stellung vor Gott keinen Unterschied mehr gibt zwischen „Juden und Griechen“ (Gal 3,28). Zudem unterliegt die innerhalb der Gemeinde zu übende Bruderliebe keinen ethnischen Beschränkungen; sie wird aber stets der allgemeineren Nächstenliebe vorgeordnet!^[xviii] Da Gemeinde und Staat nicht miteinander identisch sind, können die für die Gemeinde gültigen Grundsätze nicht einfach auf den Staat übertragen werden. Schöpfungsmäßig vorgegebene Unterschiede wie die der ethnischen Herkunft sind mit Blick auf die Stellung vor Gott irrelevant; daraus folgt aber nicht, dass sie für die Organisation staatlichen Lebens keine Bedeutung haben. Der Staat ist nach biblischem Verständnis kein „Hilfswerk für alle“, sondern Garant eines geordneten Zusammenlebens nach innen und Verteidiger gegen Feinde von außen.^[xviii] In diesem Zusammenhang ist die Beobachtung wichtig, dass die oft als Kern der neutestamentlichen Ethik angesehene Bergpredigt keine Anleitung zu staatlichem Handeln ist, sondern Zielpunkte markiert, an denen sich das Verhalten der Jünger Jesu im privaten Bereich orientieren soll.^[xix]

Eine biblisch verantwortete Migrationspolitik hat diesen Vorgaben Rechnung zu tragen. Der Wunsch, durch persönliches Engagement die Not Einzelner zu



Noch nie war das Phänomen menschlicher Migration so global wie heute: „Die Zahlen sind in der gegenwärtigen Situation so groß, dass eine Politik der uneingeschränkt offenen Tür auf alle Fälle zum (unmittelbaren) Kollaps der öffentlichen Ordnung in den Rezeptionsgesellschaften, wahrscheinlich auch in den Ursprungs- bzw. Sendegesellschaften führen würde.“

Migration in biblischer Sicht

Von Prof. Dr. Markus Zehnder

lindern, darf diesen größeren Rahmen nicht ignorieren oder dazu beitragen, ihn zu unterminieren. Wichtig ist weiter die Beobachtung, dass auch das Neue Testament eine beachtliche Anzahl von Texten enthält, die einer so oder anders gearteten Abgrenzung von fremden Einflüssen das Wort reden, wobei im Kontext der neuen Gemeinde die Unterscheidung zwischen Glaubenden und Nicht-Glaubenden in den Vordergrund tritt.^[xx] Ebenso ist zu beobachten, dass etwa in Apg 17,26 die alttestamentliche Auffassung bestätigt wird, dass eine Unterschiedenheit verschiedener ethnischer Gruppen mit zugehörigen staatlichen Strukturen eine von Gott gewollte, positive Ordnung ist. Sogar noch für die Zeit der Vollendung der Welt wird erwartet, dass die dem Heil teilhaftigen Menschen eingeteilt sind in verschiedene, klar definierbare ethnische Gruppen.^[xxi]

IV) Unterschiede zwischen der antiken biblischen und der heutigen Situation

Die Unterschiede der historischen Situation verbieten eine simple eins-zu-eins-Übertragung von biblischen Vorbildern

auf die heutige politische Situation. Die wichtigsten Unterschiede lassen sich drei Bereichen zuordnen: 1. Wesen des breiteren Kontextes; 2. Aspekte, die spezifisch die Migranten betreffen; 3. Aspekte, die spezifisch die Aufnahmegesellschaft betreffen. Viele der Unterschiede haben mit dem besonderen religiösen Charakter Israels auf der einen und der globalisierten Weltordnung der Gegenwart auf der anderen Seite zu tun. Auf die unter 3. zu erwähnenden Aspekte kann im vorliegenden Zusammenhang nicht eingegangen werden.

1. Unterschiede im Wesen des breiteren Kontextes:

a) Zahlen: Die Anzahl (potenzieller) Migranten ist grundlegend verschieden. Zudem gibt es einen globalen Horizont der Migration, der in der Situation der biblischen, insbesondere alttestamentlichen, Zeit nicht gegeben war. In einigen Teilen der Welt übersteigt die Zahl der Migranten sogar das Ausmaß der Massenbewegungen auf dem europäischen Kontinent am Ende der Antike. Die Zahlen sind in der gegenwärtigen Situa-

tion so groß, dass eine Politik der uneingeschränkt offenen Tür auf alle Fälle zum (unmittelbaren) Kollaps der öffentlichen Ordnung in den Rezeptionsgesellschaften, wahrscheinlich auch in den Ursprungs- bzw. Sendegesellschaften führen würde.

Es gab zwar Massenmigrationen auch in der Welt des alten Israel, aber diese waren weitgehend auf Massendeportationen beschränkt, die v.a. von den Assyrern in Gang gesetzt wurden. Biblische Berichte über Migranten, die nicht im Rahmen von Deportationen in Israel/Juda einwanderten, sind selten und betreffen in aller Regel Einzelpersonen oder allenfalls kleinere Gruppen.^[xxiii]

b) Sprachliche und kulturelle Nähe (altes Israel) bzw. Distanz (gegenwärtige Lage) zwischen den Hauptgruppen der Rezeptionsgesellschaften einerseits und größeren Teilen der Immigranten andererseits.

c) Die enorme Rolle der Massenmedien, die - in je unterschiedlicher Weise - den Diskurs über Migration sowohl in den Sende- wie in den Rezeptionsgesellschaften wesentlich mitbestimmen. Im Blick auf Letztere ist v.a. der emotionale Fokus auf bestimmte, bewusst ausgewählte Einzelschicksale bemerkenswert, ebenso wie die oft systematische Ausblendung unerwünschter Informationen.^[xxiii]

d) Die enorme Rolle moderner Kommunikations- und Massentransportmittel, die es Migranten in der heutigen Zeit ermöglichen, anders als in der Antike, mit ihrem Herkunftsland in enger Verbindung zu bleiben. Das hat auch unmittelbare Auswirkungen auf den Grad, in dem Zuwanderer es für nötig befinden bzw. willig sind, sich an die neue Umgebung zu assimilieren. Verbunden damit sind neue Konzepte transnationaler und flexibler Staatszugehörigkeit.^[xxiv]

e) Menschenmuggel / Menschenhandel. In der gegenwärtigen Lage sind die Migrationsströme in der westlichen Welt in weitreichendem Ausmaß mit illegalem Menschenmuggel verbunden, wobei, besonders in Transitländern, auch staatliche Organe in solche Aktivitäten eingebunden sein können. Im Weiteren spielen finanzielle Gewinnmög-



Die Massenmedien führen die Öffentlichkeit in die Irre: „... systematische Ausblendung unerwünschter Informationen.“

lichkeiten nicht nur bei den Menschen-schmugglern eine Rolle, sondern auch bei weiteren involvierten Parteien sowohl in den Sende- wie in den Aufnahmestaaten.

2. Unterschiede in Aspekten, die spezifisch die Migranten betreffen:

a) Motive. Während es bei Personen, die in Israel einwanderten, um sich dort permanent niederzulassen, in der Regel um eine Überlebensfrage ging, verhält sich das in der gegenwärtigen Massenmigration in westliche Staaten in der überwiegenden Zahl anders. Die Hoffnung auf eine Verbesserung der Lebenssituation steht hier im Vordergrund^[xxv] - eine Hoffnung, die durch (oft irreführende) Informationen über die Lebensbedingungen im Westen ausgelöst wird.

In der Antike war zudem in der Regel das soziale (und emotionale) Band der Zugehörigkeit zum Herkunftsort stärker, was wiederum zu einer geringeren Neigung führte, den ursprünglichen Herkunftsort bzw. den ursprünglichen Herkunftsklan zu verlassen. Außerdem gibt es in der gegenwärtigen Lage eine Anzahl neuer, in der Lebenswelt der Antike unbekannter Gründe, die Menschen zur Migration motivieren, wie etwa Geschlechterdiskriminierung oder sexuelle Orientierung.

b) Innere Disposition. Teilweise begünstigt durch Veränderungen in der Beurteilung von Migrationsprozessen in den Rezeptionsgesellschaften, hat die Anzahl von Einwanderern in westliche Staaten zugenommen, die sich einerseits perma-

nent am neuen Aufenthaltsort niederlassen wollen, die andererseits aber nicht gewillt sind, sich in wesentlichen Punkten in das Wertgefüge der Rezeptionsgesellschaft einzufügen. Diese Weigerung geht in gewissen Fällen so weit, dass das umgekehrte Ziel angestrebt wird, auf längere Sicht die Werte der Rezeptionsgesellschaft durch diejenigen der Herkunftsgesellschaft zu ersetzen.^[xxvi] Analogien dazu sind im Rahmen der Einwanderung von Individuen ins alte Israel nicht in der gleichen Weise greifbar.

Zu nennen ist in diesem Zusammenhang ebenfalls der Faktor der Illegalität der meisten Grenzübertreite in der gegenwärtigen Lage. Dieser Faktor bedeutet, dass der erste Kontakt mit dem Zielland in einem Rechtsbruch besteht, der wiederum in einer beachtlichen Zahl von Fällen eine Forderungshaltung spiegelt, in der alle Rücksichten gegenüber anderen Größen jenseits der Durchsetzung des eigenen Zieles zurücktreten müssen.

V) Zusammenfassung / Ausblick

Ein vertiefter Blick auf biblische Texte, die sich auf das Thema Migration beziehen, zeigt, dass sich die aktuell von breiten Kreisen der westlichen Eliten propagierte Willkommenskultur biblisch zum größten Teil nicht begründen lässt. Das biblische Bild von Zuwanderung ist nüchterner und kritischer, als oft dargestellt, und wesentliche Unterschiede zwischen der Situation des alten Israel und der neutestamentlichen Gemeinde im Vergleich zur gegenwärtigen Herausforde-

zung durch eine Massenmigration, die Europa seit dem Ende der Völkerwanderung am Ende der Antike nicht mehr erkannt hat, verbieten eine vorschnelle Übertragung ausgewählter fremdenfreundlicher Texte auf die gegenwärtige Lage. Die Willkommenshaltung in Einzelfällen muss aus biblischer Perspektive eingebettet werden in einen von Wahrheit, Weisheit^[xxvii] und Weitsicht geprägten größeren Rahmen, in dem die Bewahrung der eigenen Identität und Sicherheit legitime Grundanliegen sind und eine gesunde Balance zwischen Assimilationsbereitschaft seitens der neu Hinzukommenden und Integrationswillen der Rezeptionsgesellschaft angestrebt wird.

Die aktuellen Migrationsfragen können nur durch ein geduldiges Hören auf die differenzierten und präzisen Aussagen des Alten und des Neuen Testaments zum Umgang mit Fremden sinnvoll behandelt werden; dazu gehört auch das Beachten aller verfügbaren soziologischen und historischen Erkenntnisse. Einfache Lösungen und eins zu eins kopierbare Modelle werden uns in der Bibel nicht geboten. Hier stoßen wir auf vielschichtige Einsichten, die je nach äußeren Umständen und im Blick auf konkrete Personengruppen unterschiedliche Akzente setzen.

FUSSNOTEN

[i] Im Prinzip alle bis auf die AfD.

[ii] Die Diskussionslage in anderen westeuropäischen Staaten sieht ähnlich aus, wenn gleich die vehemente Ablehnung nicht konformer Positionen durch das Establishment in Deutschland vielleicht schärfer ist als anderswo.

[iii] Der Darstellung der Verhältnisse im alten Israel in diesem Artikel liegen primär die „orthodoxen“ Perspektiven zugrunde, die von den biblischen Verfassern vertreten werden. Wie aus dem Alten Testament selber deutlich wird, gab es im alten Israel auch Vertreter anderer Perspektiven, mit denen die biblischen Autoren uneins waren.

[iv] Siehe dazu Markus Zehnder, *Umgang mit Fremden in Israel und Assyrien* (Stuttgart, 2005), 316.

[v] Siehe Zehnder, *Umgang mit Fremden*, 340.

[vi] Zudem ist es gut möglich, dass es sich bei den Fremden (und weiteren Hilfsbedürftigen), denen Hilfe zuteil werden soll, primär oder gar



Markus Zehnder lehrt Theologie an der Universität Basel.

ausschließlich um Glieder der Gemeinde des neuen Bundes handelt. Siehe z.B. David Cortés-Fuentes, *The Least of These my Brothers: Matthew 25:31-46* (Apuntes 23 [2003], 100-109). Ähnliches lässt sich auch mit Blick auf Röm 12,13 sagen.

[vii] Siehe 1. Mose 1,26-27; 9,6.

[viii] Das ergibt sich aus der Kombination von 1. Mose 1,28, dem Segen über die Menschheit, und 1. Mose 9,1, dem Segen über die Söhne Noahs, auf der einen und 1. Mose 10, der Liste der Völker, die Resultat dieses Segens sind, auf der anderen Seite.

[ix] Siehe 2. Mose 20,10; 3. Mose 16,29.

[x] Siehe James K. Hoffmeier, *The Immigration Crisis* (Wheaton, 2009), 87-88. Im Falle des Zehnten bestand die Unterstützung aus agrarischen Produkten, die mit dem ger und anderen bedürftigen Personen lokal geteilt, nicht national umverteilt wurden (siehe 5. Mose 14,28-29; 26,11-13).

[xi] Siehe 3. Mose 19,10; 23,33; 5. Mose 24,19-22.

[xii] Siehe zu den Kanaanäern 5. Mose 7,1-5; vgl. auch 2. Mose 23,23-33; 34,11-16; 4. Mose 33,50-56. Zu den Amalektern siehe 5. Mose 25,17-19.

[xiii] Siehe z.B. Jes 2,6; Hos 2; 5,7; Zeph 1,9. Weiter wäre auf all die Stellen hinzuweisen, die die Verehrung des kanaanäischen Gottes Baal durch Israeliten aufs Korn nehmen.

[xiv] Siehe z.B. Jer 2,25; Hos 7,8; 12,8-9; Zeph 1,8(-9).

[xv] Siehe Nehemia 2, 4 und 6.

[xvi] Das lässt sich aus Neh 10,29 erschließen.

[xvii] Siehe z.B. Gal 6,10.

[xviii] Siehe dazu v.a. Röm 13,3-4.

[xix] Das wurde von Martin Luther besonders deutlich hervorgehoben und ist die Mehrheitsmeinung in der neueren exegetischen Forschung; siehe z.B. David Crump, *Applying the Semon on the Mount* (Criswell Theological Review 6 [1992], 3-14).

[xx] Siehe z.B. Röm 15,31; 1 Kor 6,5; 2. Kor 6,14-15; 3. Johannes 7.

[xxi] Siehe z.B. Offb 21,24-26; 22,2.

[xxii] Beispiele sind Ruth, Doëg, die Frauen Salomos und griechische Söldner zu Beginn des 6. Jahrhunderts v. Chr. in Juda. Letztere werden nicht im Alten Testament selber erwähnt; aber ihre Existenz ist in den Arad-Briefen bezeugt (siehe Johannes Renz / Wolfgang Röllig, *Handbuch der althebräischen Epigraphik I* [Darmstadt, 1994], 353-382; Klaas A.D. Smelik, *Historische Dokumente aus dem alten Israel* [Göttingen, 1997], 99-104 [Ostraka 1, 2, 4, 7, 8, 10, 11, 14, 17]).

[xxiii] Die Zahl konkreter Einzelbeispiele für solche Phänomene ist überwältigend. Als Beispiel eines Berichtes über das Schweigen von Seiten von Behörden und Medien zu den Ereignissen der Silvesternacht in Köln siehe Ivar Arpi: *It s not only Germany that Covers up Mass Sex Attacks by Migrant Men - Sweden's Record Is Shameful* (www.spectator.co.uk).

[xxiv] Siehe dazu z.B. Caroline B. Brettell / James F. Hollifield, *Migration Theory: Talking across Disciplines* (New York, 2008), 123.

[xxv] Was natürlich nicht heißt, dass es nicht auch bei modernen Migranten (v.a. Flüchtlingen) um Überlebensfragen gehen kann. Allerdings machen die statistischen Befunde in ihrer erdrückenden Mehrheit klar, dass solche Fälle im Rahmen der gegenwärtigen Migrationsströme in die westliche Welt in der Minderzahl sind (siehe dazu z.B. Philippe Wanner, *Migration Trends in Europe* [European Population Papers Series No. 7, Council of Europe]).

[xxvi] Dieses Ziel kann verbunden sein mit einer Geringschätzung oder Verachtung zentraler Werte der Rezeptionsgesellschaft und mit der Auffassung, dass auch im globalen Horizont nur die Werte der eigenen Kultur eine letzte Berechtigung haben. Solche Haltungen finden sich besonders unter streng orthodoxen Muslimen (siehe dazu z.B. Daniel Pipes / Khalid Durán: *Muslims in the West: Can Conflict Be Averted?* [www.danielpipes.org]).

[xxvii] Wahrheit etwa im Blick auf die Benutzung zutreffender Kategorisierungsbegriffe. So ist etwa festzuhalten, dass die Mehrheit der aktuell nach Europa strömenden Migranten keine «Flüchtlinge» im Sinne des internationalen Rechts sind. Weisheit etwa im Blick auf die Begrenzungen der reell zur Verfügung stehenden materiellen und immateriellen Ressourcen.



SIGNAL

**Abonnieren Sie jetzt Ihren
Informationsvorsprung!**

Gerne übersenden wir Ihnen Monat für Monat
pünktlich zum 1. unsere Zeitschrift SIGNAL. Bitte
überweisen Sie einen Betrag in beliebiger Höhe an:

**Signal für Deutschland e.V.
IBAN: DE55 1705 2000 0940 0529 54**

Geben Sie dabei Ihre Adresse als
Verwendungszweck an - das genügt als
Abo-Bestellung.

Falls gewünscht, übersenden wir Ihnen eine
steuerlich abzugsfähige Zuwendungsbestätigung
innerhalb weniger Tage nach Zahlungseingang als
PDF-Datei per eMail. Bitte teilen Sie uns dafür Ihre
eMail-Adresse mit per eMail an:
buchhaltung@signal-online.de